

US-Regierung greift Harvard an: Internationale Studierende verlieren Platz!

Die US-Regierung plant, Harvard den Zugang internationaler Studierender zu verwehren, was zu Konflikten und rechtlichen Schritten führt.



Cambridge, USA - Die US-Regierung plant, Harvard University daran zu hindern, internationale Studierende aufzunehmen. Heimatschutzministerin Kristi Noem hat bereits Schritte eingeleitet, um Harvard im Rahmen eines speziellen Bundesprogramms die Zulassung neuer internationaler Studierender zu entziehen. Sollte dieser Entzug tatsächlich vollzogen werden, könnte dies bedeuten, dass bereits eingeschriebene internationale Studierende sich an anderen Hochschulen einschreiben müssen, um ihren Aufenthaltsstatus in den USA zu behalten. Bildungseinrichtungen benötigen eine spezielle Zertifizierung vom Heimatschutzministerium, um

internationale Studierende aufzunehmen, und dieses Ministerium plant, Harvard diese Zertifizierung zu entziehen. **Tagesspiegel berichtet**, dass unklar bleibt, ob der Entzug rechtlich Bestand haben wird.

Die Maßnahmen der Regierung gegen Harvard sind Teil eines größeren Konflikts zwischen der Trump-Regierung und Hochschulen, die als linksliberal gelten. Harvard hat sich mehrfach gegen politische Vorgaben aus Washington gewandt, insbesondere in Bezug auf Zulassungsverfahren und Diversitätsprogramme. Diese Widerstände wurden nicht ohne Konsequenzen verfolgt: So hat die Regierung bereits milliardenschwere Fördermittel für Harvard gestrichen oder eingefroren. Der Vorwurf lautete, die Universität sei nicht entschieden genug gegen Antisemitismus auf ihrem Campus vorgegangen. Als Reaktion auf diese Situation hat Harvard-Präsident Alan Garber angekündigt, auf ein Viertel seines Gehalts zu verzichten.

Internationale Studierende unter Druck

Internationale Studierende stellen eine bedeutende Einnahmequelle für viele US-Hochschulen dar, da sie häufig höhere Studiengebühren zahlen. Die Realität für viele dieser Studierenden ist jedoch angespannt. Laut Berichten von Agnes Mueller, einer Professorin an der University of South Carolina, leidet der Campus unter dem Einfluss der Trump-Regierung, insbesondere auf internationale Studierende. Ein nigerianischer Biomedizin-Student verlor seinen Studentenstatus und Visum ohne ordnungsgemäßes Verfahren und erhielt eine Ausreiseaufforderung. Mueller berichtet von weiteren zwölf Studierenden an ihrer Uni, die ebenfalls das Land verlassen mussten. Leider lebt die studentische Gemeinschaft in Angst vor ähnlichen Maßnahmen und repressiven Vorkommnissen. **taz berichtet**, dass die Auswirkungen von Trumps Präsidentschaft auf das Hochschulsystem weitreichend sind.

Das US-Hochschulsystem ist im internationalen Vergleich recht

jung; im Jahr 1636 wurde Harvard gegründet, und spiegelt eine vielfältige und dezentrale Bildungskultur wider. Rund 5,4 Prozent der US-Bevölkerung sind an Hochschulen immatrikuliert, was 2 Prozent mehr ist als in Deutschland. Während die Zahl der Studierenden 2010 über 21 Millionen betrug, ist sie bis 2023 auf etwa 18,1 Millionen gesunken. Hochschulbildung ist in den USA entscheidend für beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg. So zeigt **DAAD**, dass es in den USA kein nationales Gesetz zum Bildungswesen gibt, und Bildungseinrichtungen selbstständig über Zulassungsentscheidungen und Lehrpläne bestimmen.

Die aktuellen Entwicklungen rund um Harvard Uni zeigen, wie die politischen Spannungen und die Maßnahmen der Regierung die internationale Bildungslandschaft in den USA beeinflussen können. Es bleibt abzuwarten, wie sich die rechtlichen Auseinandersetzungen entwickeln und welche langfristigen Auswirkungen diese Entscheidungen auf die amerikanische Hochschulbildung haben werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Cambridge, USA
Quellen	• www.tagesspiegel.de • taz.de • www.daad.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de